73. Jahrgang. Nr. 30 — Freitag, 18. Januar 1929

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. Januar 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat Januar 3.40 Mk. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Dietzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schacher mit den deutschen Tributen

Der schwedische Zündholzkönig will Frankreich eine große Anleihe geben und Deutschlands Gläubiger werden

Stockholm, 17. Jan. „Aftonbladet" meldet, daß der schwedische Zündholzkönig, Ivar Kreuger, mit dem französischen Staat wegen der Gewährung einer großen Anleihe unterhandelt, die dazu dienen soll, die französische Schuld an Amerika zurückzuzahlen. Diese Anleihe soll gleichzeitig in Verbindung mit einer Regelung der deutschen Kriegsschuld stehen, so daß de facto Ivar Kreuger der Gläubiger Deutschlands würde.

In Verbindung mit diesen Meldungen ist bereits eine große Hausse der Kreugerpapiere auf der Stockholmer Börse eingetreten. Die Nachricht, daß Kreuger über eine große französische Anleihe unterhandle, wurden schon vor einigen Wochen besprochen, als der bekannte französische Finanzmann Serruys sich in Schweden aufhielt.

Die Einladung an die amerikanischen Sachverständigen

Washington, 17. Jan. Der großbritannische Botschafter Sir Esme Howard hat Staatssekretär Kellogg davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierungen der ehemals alliierten Länder übereingekommen sind, an Owen Young und den Bankier John Pierpont Morgan die Einladung zu richten, als amerikanische Sachverständige an der Sachverständigenkonferenz zur Regelung der Reparationsfrage teilzunehmen.

Die schöne Fassade und was sich dahinter verbirgt

Köln, 17. Jan. In der Sitzung der Industrie- und Handelskammer Köln sprach Geheimrat Hagen über die wirtschaftliche Lage und erklärte mit Bezug auf das Gutachten Parker Gilberts, daß in dessen Bericht von Deutschland eine schöne Fassade gezeichnet worden sei, vielleicht mit Absicht, vielleicht aber auch nach Gutdünken. Es unterliege aber keinem Zweifel, daß sich hinter dieser Fassade Millionen Menschen weinend verbergen, nämlich solche, die ihr Vermögen unverschuldet eingebüßt haben. Weiterhin könne es kaum zweifelhaft sein, daß die gesamte deutsche Wirtschaft infolge der scharfen Inanspruchnahme der Substanz sich in einer sehr ungünstigen Lage befinde.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Generaldirektor Tengelmann, wies in der Vollversammlung mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaftskreise durch den letzten Bericht des Reparationsagenten aufs äußerste bestürzt sind. Dieser Bericht ist schon darum grundfalsch, weil er an der auch im Auslande bekannten Tatsache vorbeigeht, daß der Dawesplan bisher nur formal und nur deshalb funktioniert hat, weil das Ausland uns ungeheure Summen zur Bezahlung der uns auferlegten Lasten geborgt hat. Dadurch ist die beispiellose Verschuldung von Industrie und Landwirtschaft zustande gekommen. Darum haben wir neben der Dawes**zahlung die ungeheure Zinslast zu tragen, und daher ist der Zinsfuß in Deutschland um ungefähr das Doppelte so hoch als in den westlichen Nachbarländern.**

Auch König Inajat Ullah dankt ab

Der Rebellenführer läßt sich zum König ausrufen

Moskau, 17. Jan. **Einer Meldung aus Kabul zufolge hat König Inajat Ullah heute morgen abgedankt, und sich bei seiner Abdankung seine eigene und die Sicherheit aller Personen, die sich in der königlichen Residenz befinden, ausbedungen. Das Kommando der Aufständischen teilte mit, daß**

der Führer der Aufständischen, Batschisakao mit dem Titel König Chabib Ullah Chasi die Regierung antrete.

In Kabul herrscht völlige Ruhe, die Bazare sind geöffnet, die Gebäude der ausländischen Gesandtschaften werden von Truppen der Aufständischen bewacht. Die Haltung der Rebellen gegenüber den Ausländern ist durchaus freundlich. Während der Kämpfe in und um Kabul hat kein Ausländer irgendwelchen Schaden erlitten.

Nach dreitägiger Unterbrechung ist heute die Funkverbindung Moskau—Kabul wieder aufgenommen worden. Den aus Kabul übermittelten Berichten zufolge haben die Aufständischen nach der Abdankung Aman Ullahs ihren Vorstoß gegen Kabul fortgesetzt, **und es gelang ihnen, die Residenz des Königs, in der sich zum Schutz des neuen Herrschers Inajat Ullahs und der Regierungsmitglieder nur ein kleiner Truppenteil befand, zu umstellen. Die Aufständischen forderten die bedingungslose Unterwerfung Inajat Ullahs und der Regierung, und drohten, im Falle einer Weigerung die Residenz zu stürmen.**

Aman Ullah ist, wie jetzt feststeht, in Kandahar, wo sich seine Gattin, seine Kinder und die Königinmutter bereits seit einiger Zeit befinden, eingetroffen. Es gelang ihm, die Kronjuwelen zu retten. Die Stämme um Kandahar haben

Aman Ullah erneut Treue gelobt

und sind bereit, unter seiner Führung gegen die Rebellen zu kämpfen. In einer Kundgebung haben die Stammeshäupter erklärt, daß geordnete Verhältnisse in Afghanistan nur durch Aman Ullah wieder geschaffen werden können.

„Muß erst die Krise kommen?"

Zentrum"mahnung an die Sozialdemokratie

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 17. Januar. Die Presseerörterungen über die Schaffung der Großen Koalition haben bekanntlich gezeigt, daß man auf sozialdemokratischer Seite gar kein so großes Interesse an der Großen Koalition hat. Die „Köln. Volkszeitung" nimmt jetzt die Auslassung sozialdemokratischer Blätter zu diesem Thema zum Anlaß, um nochmals zu betonen, daß **eine feste Regierungsmehrheit niemals nötiger gewesen sei als jetzt.** In einem „Muß erst die Krise kommen?" überschriebenen Artikel erklärt das Blatt weiter: Sollten andere sich dem Wahn hingeben, daß man auch so noch eine hübsche Zeit fortwurschteln könne, so werden sie damit lediglich die dringendsten Staatsnotwendigkeiten aufs Spiel setzen, da die Opposition nicht daran denkt, den Regierungsparteien die Kastanien aus dem Feuer zu holen, steht

der sozialdemokratische Finanzminister, wenn seine eigene Partei darauf besteht, „freie Hand" zu behalten, vor unlösbaren Aufgaben.

Wenn aber die Krise erst da ist, dann wird man ja doch nicht an klaren Entscheidungen vorbeikommen. Die Frage ist also nur die, ist man jetzt dazu gewillt und imstande oder muß man erst durch den ganzen Wirrwarr einer Krise, vielleicht einer Reichstagsauflösung hindurchgehen? Und das Angesichts der Reparationsverhandlungen. Da muß man schon sagen, wenn eine Krise unumgänglich ist, dann je eher desto besser.

Der Reichshaushalt vom Kabinett verabschiedet

Berlin, 17. Jan. Das Reichskabinett verabschiedete heute den Reichshaushalt und die seine Deckung betreffenden Vorlagen. Er wird unverzüglich dem Reichsrat bzw. dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet werden.

Gegen das Ausländerunwesen bei deutschen Ministerien

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 17. Jan. Sehr interessante Ausführungen macht im Zusammenhange mit dem „Verrat der Denkschrift des Reichswehrministers Gröner" heute die linksstehende „Berl. Volkszeitung". Sie schreibt:

„Es ist leider eine Tatsache, daß Ausländer und insbesondere Ausländerinnen zu deutschen Aemtern leichter Zutritt finden als gewissenhafte deutsche Journalisten, und im geselligen Verkehr hat sich in gewissen Kreisen mit Ausländerinnen östlicher Provenienz eine Intimität entwickelt, die es geradezu verwunderlich erscheinen lassen muß, daß bisher nicht noch ganz andere Dinge veröffentlicht worden sind. Wir sind die letzten, die einem Ausschluß von Ausländern und Ausländerinnen vom geselligen Verkehr der Minister und der Ministergattinnen oder anderer beamteter Kreise das Wort reden möchten; im Gegenteil, die Fühlungnahme unserer leitenden Stellen mit seriösen Journalisten und sonstigen Männern des Auslandes kann uns nur von Nutzen sein. **Aber bei uns haben sich Zustände entwickelt, die fremden Personen Vorzugsstellungen einräumen, die Dutzende von angesehenen deutschen Journalisten nicht genießen und die oft genug das Erstaunen der Auslandskreise erregen."**

Wenn sich selbst ein so weit linksstehendes Blatt, wie die „Berliner Volkszeitung", zu einer solchen Brandmarkung der Zustände veranlaßt sieht, die in den unter Leitung von Linksministern stehenden Aemtern herrschen, so wird man sich ungefähr vorstellen können, wie diese Zustände aussehen müssen. Es müßte von den Betroffenen als ein sehr schwerer Vorwurf empfunden werden, wenn man öffentlich erklärt, daß „Ausländerinnen östlicher Provenienz" in den deutschen **Ministerien sozusagen eine erste Rolle spielen können.**

Finanzen und Koalition

Nach der schweren Schlappe, die das parlamentarische System eben erst durch die Erledigung der Panzerkreuzeraffäre erlitten hat, sind seine parteipolitischen Freunde und Verfechter wieder drauf und dran, eine neue Krise heraufzubeschwören durch die allen parlamentarischen Gewohnheiten ins Gesicht schlagende Behandlung des Etats für 1929. Trotz des Geheimnisses, mit dem die seit Montag in Gang befindlichen Kabinettsberatungen über diese Frage umgeben werden, lüftet sich dank einer Reihe von Indiskretionen allmählich der Schleier von Hilferdings Steuerplänen, und was zum Vorschein kommt, das ist weniger eine wohldurchdachte Deckungsvorlage zur Stopfung des großen Defizits, als vielmehr ein ganz neuartiges System von Machenschaften zur Umgehung der Verantwortung für alle zuständigen Instanzen. Normalerweise sollte der Lauf der Dinge so sein, daß das Reichsfinanzministerium im Benehmen mit den anderen Ressorts den Haushaltplan aufstellt und bestimmte Deckungsvorschläge für einen vorhandenen Fehlbetrag macht. Sache des Reichskabinetts ist es dann, in internen Beratungen eine einheitliche Stellungnahme der regierenden Koalition zu diesen Vorschlägen herbeizuführen, unter Umständen mit Abänderungen und Verbesserungen, und dann dafür zu sorgen, daß der Finanzplan von der parlamentarischen Mehrheit, die hinter der Regierung steht, genehmigt und durchgeführt wird. Die Regierung also muß Wege weisen und führen, und die Regierungsparteien müssen — unbeschadet ihres Rechtes zur Kritik im einzelnen — in den großen Fragen der Politik Gefolgschaft leisten. Das ist der Sinn und Zweck des parlamentarischen Systems. **Bei uns aber wird es wieder einmal auf den Kopf gestellt;** denn die Reichsregierung scheint es vorzuziehen, statt eigene positive Arbeit zu leisten, die Deckungsvorlage des sozialdemokratischen Finanzministers einfach **zur Kenntnis zu nehmen und sie dann ohne eigene Stellungnahme frisch und fröhlich auf die Reise zum Reichsrat und zum Reichstag zu schicken. Mögen dann die parlamentarischen** Instanzen damit machen, was ihnen gut dünkt. Das ist denn doch eine Verzerrung des parlamentarischen Systems, wenn die zur Genehmigung berufenen Stellen sogar noch mit der Aufstellung des Etats oder einzelner seiner Teile beladen werden. Ein solches Vorgehen beweist den vollständigen Mangel jeden Führermutes bei den Regierenden, die nur noch die Verantwortung vor ihren Fraktionen, nicht aber die gegenüber dem Staatsganzen im Auge haben.

Nach dem, was über die Einzelheiten der Hilferdingschen Vorschläge in die Oeffentlichkeit durchgesickert ist, scheint es sich um ein ganzes Steuerbukett zur Erfüllung sozialdemokratischer Spezialwünsche zu handeln. Kurz zusammengefaßt sieht das Programm so aus: Von den nunmehr 700 Millionen des Defizits sollen 200 Millionen durch Abstriche in den Ausgaben einzelner Ressorts, vor allem beim Reichswehr- und beim Reichsverkehrsministerium eingespart werden. Von den bleibenden 500 Millionen sollen 400 durch Steuererhöhungen und sonstige Reichseinnahmen aufgebracht werden, und zwar 200 Millionen durch Erhöhung der Biersteuer und des Branntweinmonopols und weitere 200 Millionen durch Erhöhungen der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer und der Postabgaben an das Reich. Die noch fehlenden 100 Millionen sollen den Ländern von ihren im Finanzausgleich vorgesehenen Ueberweisungseinnahmen abgezwackt werden. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß diese Musterkollektion von Steuervorschlägen überall — außerhalb der Regierungsparteien und in denselben — einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat. Die Bayerische Volkspartei protestiert mit aller Schärfe gegen die Biersteuererhöhung und gegen die Beschneidung der Ländereinnahmen, und das Zentrum schließt sich dieser Kritik weitgehend an. Die Deutsche Volkspartei wehrt sich natürlich gegen die geplante Abwälzung neuer Steuern auf die Schultern der ohnehin schon überlasteten Wirtschaft; die Demokraten geben, wenn auch in gedämpfteren Tönen, ihre Unzufriedenheit kund, und, was das tollste ist, auch die Sozialdemokratie will ihre Hände in Unschuld waschen. Prompt und kategorisch erklärt der „Vorwärts", die Partei denke nicht daran, sich mit den Vorschlägen des „Genossen" Hilferding zu identifizieren und behalte sich in jedem Falle freie Hand vor.

Damit ist das parlamentarische Chaos fertig. Welch ein unmögliches Bild! Die Regierung verzichtet darauf, ihre wichtigste innenpolitische Aufgabe zu erledigen aus Mangel an eigener Geschlossenheit und aus der nicht unberechtigten Erwägung heraus, daß es doch keinen Zweck habe, weil sie von den sogenannten „Regierungs"parteien in allen Einzelheiten im Stich gelassen wird. Die Parteien wiederum lehnen die Verantwortung für jede unpopuläre Maßnahme ab und legen in sorgloser Erwartung des Kommenden die Hände in den Schoß. Das ist Verkennung der heutigen Lage, reine Vorkriegspolitik. Damals stand dem Reichstag eine vom Kaiser eingesetzte Regierung, die in ihrem Entstehen und in ihrer Fortexistenz unabhängig war von seinem Vertrauen, fremd gegenüber. Sie war lediglich darauf angewiesen, sich für ihren Etat im Hause irgendwie eine Mehrheit zu suchen; sonst bestanden keine Verbindungen. Daraus ergab sich eine gewisse natürliche Opposition des Parlaments und völlige Freiheit der Parteien der Regierung gegenüber. Heute liegen aber die Verhältnisse anders. Das Kabinett ist der regierende Ausschuß der Mehrheit des Parlaments; es stammt aus diesem, lebt von ihm und die Minister sind die Vertrauensleute der koalierten Fraktionen. **Da gibt es keine Distanzierung mehr und keine „freie Hand", sondern nur eine**